

Schattenkabinette in Deutschland. Entwicklungen und Strategien bei den Bundestagswahlen von 1949 bis 2013

Kurzfassung

Welche Rolle spielen Schattenkabinette bei Bundestagswahlen in Deutschland? Im vorliegenden Aufsatz werden erstmals alle Schattenkabinette seit der Premiere 1961 präsentiert, ihre Zusammensetzungen und Motive dargestellt sowie die Strategien dahinter (aus Sicht der Parteien) analysiert. Dabei zeigt sich, dass sich Schattenkabinette – obwohl nicht formal im politischen System verankert – in Deutschland fest und parteiübergreifend etabliert haben. Im Durchschnitt bestehen sie aus 15 Mitgliedern, die hauptsächlich aus der Politik kommen und ein hohes Bildungsniveau aufweisen. Bei ihrer Nominierung haben sich zwei strategische Motive herausgebildet: zum einen der Weg, mit dem Schattenkabinett eine Alternative zur Regierung aufzuzeigen, (mediale) Aufmerksamkeit zu erzielen und offensiv den Wahlkampf zu bestreiten, wozu auch verstärkt Seiteneinsteiger nominiert wurden. Zum anderen wurden Schattenkabinette aber auch genutzt, um die eigene Partei im Wahlkampf zu einen. Während die SPD eher die offensivere Variante wählte, dominierte bei der Union die integrative Strategie. Bezüglich einer Bilanz zeigt sich, dass bei den insgesamt zwölf Wahlen, bei denen ein Kandidat mit einem Schattenkabinett angetreten ist, nur in zwei Fällen ein Regierungswechsel stattfand.

Inhalt

1. Einleitung	282
2. Definition, Verortung und Stand der Forschung	284
3. Überblick über Schattenkabinette zwischen 1961 und 2013	287
4. Strategien bei der Aufstellung von Schattenkabinetten	290
a) Strategien hinter den Schattenkabinetten: Offensiver vs. integrativer Ansatz	290
b) Vergleich der Schattenkabinetts-Strategien von CDU/CSU und SPD	294
5. Schattenkabinette und Wahlergebnisse	295
6. Fazit und Ausblick	298
Anhang: Schattenkabinette 1961 – 2013	304

1. Einleitung

Die bundesdeutsche Premiere war ein wenig halbherzig: Auf dem Bundesparteitag am 25. November 1960 in Hannover präsentierte die SPD um ihren damaligen Spitzenkandidaten Willy Brandt eine Mannschaft, die im Falle eines Wahlsieges 1961 die Regierung bilden sollte und aus neun Männern und einer Frau bestand. Indiskretionen im Vorfeld der Präsentation, teilweise (zu) alte Mitglieder, ein reines Politiker-Team sowie die Ankündigung, dass nicht alle Mitglieder bereit waren, Regierungsämter zu übernehmen, sorgten allerdings für eine nachrangige Rolle: „Im Wahlkampf spielte die Mannschaft denn auch nur eine geringe Rolle. Die Hoffnung auf personale Attraktivität konzentrierten sich auf den Kanzlerkandidaten Willy Brandt.“ (Klotzbach 1982: 510) Dessen Charme nützte letztlich nichts: Die SPD verlor die Bundestagswahl 1961 – wie schon die Wahlen zuvor – erneut gegen die Unionsparteien. Dennoch: Die Strategie eines Schattenkabinetts war in bundesdeutschen Wahlkämpfen angekommen und wurde – trotz des Misserfolges – auch 1965 fortgeführt. Erneut traten neun Männer und eine Frau an, doch diesmal war die Mischung anders, denn neben Politikern wurden auch Seiteneinsteiger¹ berücksichtigt. Zwar reichte es auch bei der Bundestagswahl 1965 für die SPD und Brandt nicht für einen Regierungswechsel, es zeigte sich aber erstmals ein Schattenkabinetts-Charakter, der sich in den folgenden Jahrzehnten und auch bei der bislang letzten Gelegenheit, im Jahr 2013 beim Team des SPD-Kanzlerkandidaten Peer

1 Unter Seiteneinsteiger sind Personen zu verstehen, die vor der Übernahme einer politischen Position weder eine „Ochsentour“ innerhalb einer Partei absolviert noch Erfahrung in einer politischen Funktion gesammelt haben (Küpper 2013: 33 ff.).

Steinbrück, finden sollte: vielschichtig aufgebaut, nach Fachgebiet aufgefächert, jede Region sowie gesellschaftlich relevante Gruppe berücksichtigend, geht es vor allem darum, die einzelnen Wählerschichten für sich zu gewinnen.

Über die Jahrzehnte ist dieser, aus dem angelsächsischen Raum stammende Trend zu Schattenkabinetten, der im politischen System der Bundesrepublik Deutschland nicht formal verankert ist, zu einem festen Bestandteil deutscher Politik geworden. Und obwohl sich diese personalpolitische Strategie verfestigen konnte, fehlt es an politikwissenschaftlicher Auseinandersetzung hiermit. Das ist umso verwunderlicher, zeigt sich doch gerade in Wahlkampfzeiten und an den handelnden Personen das politische Geschäft vielleicht am intensivsten (Wolf 1980). Denn obwohl ohne formelles Amt (Forkmann/Richter 2007: 16), erlangen die Schattenkabinettsmitglieder mit ihrer Nominierung eine politisch einflussreiche Position, in der sie mitunter großen Einfluss und Wirkung auf das politische Geschäft haben. Man erinnere sich beispielsweise an die publikumswirksamen Personalien der Seiteneinsteiger in den Schattenkabinetten der SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel (1983), Rudolf Scharping (1994), Gerhard Schröder (1998) oder auch der CDU-Kandidatin Angela Merkel (2005). Gerade in den letzten Wahlkämpfen waren es mit dem Unternehmer Jost Stollmann sowie dem Professor Paul Kirchhof zwei Schattenkabinettsmitglieder, die jeweils die parteipolitische Auseinandersetzung dominierten.

Ungeachtet dieser Aufmerksamkeit im Wahlkampf sind in den vergangenen Jahrzehnten viele Fragen offen geblieben: Wann und wer trat mit Schattenkabinetten an? Welche Gründe, Motive und Strategien steckten dahinter? Wie unterschieden sich die Schattenkabinette der Parteien? Welche Bilanz haben Schattenkabinette?

Der Aufsatz soll diese Fragen untersuchen und Ausgangspunkt für weitere Beschäftigungen mit dem Thema sein. Nach einer Definition, der Verortung von Schattenkabinetten im politischen System sowie einem kurzen Überblick über den Stand der Forschung folgt eine Bestandsaufnahme der Schattenkabinette in bundesdeutschen Wahlkämpfen. Für diese Auflistung wurde auf die Bundesgeschäftsstellen der Parteien, auf die Archive der politischen Stiftungen sowie auf die Erfahrungen der Kandidaten² selbst zurückgegriffen. Zusätzlich wurde auch der soziodemografische Hintergrund der einzelnen Schattenkabinettsmitglieder erhoben. Im Anschluss an diese empirische Bestandsaufnahme wird – in einem zweiten Schritt – analysiert, wie und warum die Parteien Schattenkabinette bildeten und die

2 Der Autor hat mit folgenden 13 Schattenkabinettsmitgliedern Interviews geführt (in alphabetischer Reihenfolge): Kurt Biedenkopf, Harald Christ, Paul Kirchhof, Christiane Krajewski, Hans-Jürgen Krupp, Klaus-Michael Meyer-Abich, Werner Müller, Michael Naumann, Jens Reich, Walter Riester, Eva Rühmkorf, Frank-Walter Steinmeier und Jost Stollmann. Zudem wurde mit dem Meinungsforscher Richard Hilmar gesprochen.

jeweilige Strategie dahinter herausgearbeitet. Abschließend werden die Spitzenkandidaten und Schattenkabinette in Bezug auf die jeweiligen Wahlergebnisse betrachtet sowie ein Ausblick gegeben.

2. Definition, Verortung und Stand der Forschung

Ursprünglich aus England stammend – englische Bezeichnung: „shadow cabinet: a cabinet formed by Opposition leaders” (The Shorter Oxford English Dictionary 1959) –, wo es im britischen Parlament seit Ende des 19. Jahrhunderts üblich ist, als Opposition den Mitgliedern der Regierung jeweils nach Ressortzugehörigkeit Personen gegenüber zu stellen, haben Schattenkabinette hierzulande – auch qua politischem System – nur im Wahlkampf Einzug erhalten. Unter Schattenkabinetten versteht man eine von der (führenden) Oppositionspartei zusammengestellte Regierungsmannschaft, bestehend aus sogenannten Schattenministern, die im Falle eines angestrebten Machtwechsels das amtierende Kabinett ersetzen soll. In der Praxis geschieht dies zumeist jedoch nie komplett: Hier kann es auch vorkommen, dass eine Zahl von Prominenten und Anhängern nominiert wird, die den Spitzenkandidaten im Wahlkampf unterstützen. Das Schattenkabinett wird in der Regel vom Kanzlerkandidaten nominiert, wobei häufig auch die jeweiligen Parteien und ihre Führung ein Mitspracherecht haben. Bei der Nominierung gibt es jedoch – analog zu einer Regierungsbildung – normalerweise gewisse Zwänge, seien sie innerparteilich, regional oder durch die öffentliche Wahrnehmung motiviert. So hat sich als Grundmuster durchgesetzt, dass in einem Schattenkabinett in der Regel alle gesellschaftlich relevanten Gruppen vertreten sowie die wichtigsten Themenfelder besetzt sind. Zudem wird auf regionalen Proporz geachtet.

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurden diese Zusammenstellungen bisher als Schattenkabinett, Kompetenzteam, Wahlkampf- oder künftige Regierungsmannschaft bezeichnet, wobei es sich dabei nicht immer nur um eine sprachliche Unterscheidung handelte. Denn der Begriff des Schattenkabinetts impliziert, wie bereits angedeutet, im Fall eines Wahlsieges die Übernahme der Kabinettposten durch dessen Mitglieder. In manchen Konstellationen war jedoch vor der Wahl schon klar, dass die Mitglieder entweder andere Funktionen übernehmen oder es offen blieb, ob sie wirklich am Kabinetttisch Platz nehmen. Ein Beispiel dafür ist das „Kompetenzteam“ des Unions-Kanzlerkandidaten bei der Bundestagswahl 2002, Edmund Stoiber, in dem sich auch die damalige CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel befand. Diese hatte bereits vor der Wahl klargestellt, dass sie – auch im Falle einer Regierungsübernahme – den Vorsitz der gemeinsamen Bundestagsfraktion übernehmen werde. Neben solchen Einzelbeispielen gibt es noch eine

grundsätzliche, im politischen System verankerte Einschränkung: Denn selbst im Fall eines Wahlsieges und der Regierungsübernahme ist vor den potenziellen Koalitionsverhandlungen nicht klar, welche Kabinettsposten der jeweiligen Partei zustehen. Ungeachtet dieser Zwänge und Bezeichnungen wird im vorliegenden Aufsatz konsequent der Begriff Schattenkabinetts verwendet, da dieser sich mittlerweile im Sprachgebrauch eingebürgert hat.

Allein die Diskussion um die Begrifflichkeit zeigt aber auch, dass es sich bei Schattenkabinetten nicht um einen eindeutigen, im politischen System vorgesehenen (und damit auch im Gesetz erwähnten) Bestandteil handelt. Das liegt vor allem im politischen System der Bundesrepublik begründet: Denn anders als beispielsweise in Großbritannien, wo es ein Mehrheitswahlrecht gibt, die Regierungspartei damit in der Regel alle Ministerposten besetzt, die (Oppositions-)Politiker im Anschluss an die Wahl ein spiegelbildliches Schattenkabinetts bilden und sich auch nach der Wahl weiterhin zu ihrem jeweiligen Fachgebiet äußern (Krumm/Noetzel 2006: 194), lösen sich in Deutschland die (inhaltlichen) Zuordnungen in Schattenkabinetten – wenn es sie denn überhaupt gibt – im Anschluss an Wahl und Koalitionsverhandlungen zumeist auf. Da in Deutschland das personalisierte Verhältniswahlrecht angewendet wird, sind Koalitionsregierungen die Regel. Dieser Zwang zur Koalitionsbildung zwischen unterschiedlichen Parteien führt dazu, dass sich Politiker nicht langfristig auf eine bestimmte Aufgabe vorbereiten können.

Da Schattenkabinette nicht im politischen System vorgesehen, sondern einzig durch Parteiinitiativen im Wahlkampf entstanden sind, müssen sie auch organisatorisch sowie inhaltlich bei den jeweiligen Parteien verortet werden. Dies führte dazu, dass in der (jüngeren) Vergangenheit nicht nur die beiden großen politischen Parteien, nämlich die Union (CDU/CSU) sowie die SPD, die bisher immer die Kanzler-Parteien in Deutschland waren, Schattenkabinette aufgestellt haben, sondern auch kleinere Parteien nicht nur Spitzenkandidaten, sondern auch beispielsweise „Spitzenteams“ (Bündnis '90/Die Grünen) ins Rennen schickten. Dieser Aufsatz klammert allerdings die Bemühungen und Initiativen der kleineren Parteien aus und konzentriert sich auf die Schattenkabinette der Union sowie der SPD. Zum einen, weil es nur in diesen beiden Lagern einen realistischen Kanzler-Kandidaten und damit auch einen Wechsel in Regierungsverantwortung gab, zum anderen, um auch über historische Vergleichsmöglichkeiten zu verfügen.

Denn trotz der seit 1961 existierenden und damit langen Geschichte wurde das Phänomen Schattenkabinetts bislang wissenschaftlich vernachlässigt. Dies mag auch daran liegen, dass es nur wenig Literatur zu Kandidaturen und Kandidaten im Allgemeinen gibt – und diese sich dann zumeist mit Kandidaturen für das Parlament beschäftigt (u. a. Schüttemeyer/Sturm 2005; Zeuner 1970; Kaack 1969). Doch auch

dieser Bereich ist „schmerzlich unterforscht“ (Schüttemeyer/Sturm 2005), erst recht hinsichtlich von Kandidaturen für die Exekutive. Bei den wenigen Abhandlungen steht vor allem der Spitzenkandidat im Fokus. Dabei zeigte sich, dass es beim Scheitern von Kanzlerkandidaten keine Gesetzmäßigkeit gibt. Politische Inhalte spielen jedoch für den Erfolg im Wahlkampf eine zentrale Rolle, genauso wie die Koalitionsoptionen nach der Wahl (Forkmann/Richter 2007). Schattenkabinette waren dabei nur ein Randaspekt wie beispielsweise bei der Bundestagswahl 1965 und der erneuten Kandidatur von Brandt als Spitzenkandidat, bei der beispielsweise festgestellt wurde, dass die Mannschaft „jetzt tatsächlich dem britischen Vorbild eines Schattenkabinetts“ (Micus 2007: 114) entsprach. Und so taucht im Fazit der untersuchten Karrieren unter den vier strukturell-politischen Qualifikationen auch die Integrationsfähigkeit durch Schattenkabinette auf – wörtlich heißt es dort: „Dies kann auch in Anlehnung an das britische Schattenkabinettt durch Einrichten einer ‚Regierungsmannschaft‘ oder auch dadurch geschehen, dass der Kanzlerkandidat starke Flügel Männer einbindet [...]. Vermag ein Kanzlerkandidat es nicht [...], so nähern sich die Siegeschancen im Wahlkampf dem Nullpunkt.“ (Lösche 2007: 429) Dennoch waren Schattenkabinette in dieser Untersuchung – ähnlich wie bei Klotzbach (1982) – nur ein wenig beachteter Randaspekt.

Neben diesen Fundstellen finden sich verschiedene, in anderem Kontext erschienene Beobachtungen: Beim Wahlkampf des SPD-Spitzenkandidaten Hans-Jochen Vogel 1983 etwa sahen sich die Mitglieder des Schattenkabinetts „[...] schnell an die Wand gedrückt und kamen sich wie bloße Statisten vor – denn letztlich entschied der Kandidat am liebsten ganz allein“ (Lütjen 2007: 254-255), oder der Kandidatur Rudolf Scharpings 1994, bei dem das „Personal desaster“ (Klecha 2007: 345) wohl eine Ursache für den Misserfolg war, da Scharping sich nur wider Willen ein Team zulegte, in dem mit Oskar Lafontaine (SPD-Parteivorsitzender sowie designierter Finanzminister) und Gerhard Schröder (niedersächsischer Ministerpräsident sowie designierter Wirtschaftsminister) zwei Schwergewichte eingebunden waren. Zum übrigen Team hieß es lediglich: „Der Rest des Schattenkabinetts Scharping spielte keine nennenswerte Rolle, obwohl der Kanzlerkandidat hier in Bezug auf Frauenanteil und Seiteneinsteiger Akzente setzen wollte.“ (Klecha 2007: 346) Zudem finden sich in der Literatur auch einige personalisierte Aufsätze und Schilderungen zu einzelnen Schattenkabinettsmitgliedern wie beispielsweise Paul Kirchhof (Brandes 2009), Walter Riester (Klecha 2009), Jost Stollmann, Harald Christ und anderen (Küpper 2013). Dies sind jedoch einzelbiografische Analysen und Ausnahmen, so dass eine komplette Betrachtung der Schattenkabinette in den Bundestagswahlkämpfen von 1949 bis 2013 bislang fehlt.

3. Überblick über Schattenkabinette zwischen 1961 und 2013

Seit der ersten Aufstellung eines Schattenkabinetts im Jahre 1961 wurde nur in drei Fällen auf eine solche Nominierung verzichtet: 1969, als die beiden potenziellen Kanzlerparteien, CDU/CSU und SPD, aus der „Großen Koalition“ heraus ihren Wahlkampf bestritten, sowie 1987 und 1990. Ansonsten stellten die Kanzlerkandidaten in zwölf Fällen ein Schattenkabinett auf, nur in sechs Bundestagswahlkämpfen gab es keines.

Tabelle 1: Bundestagswahlen von 1949 bis 2013

Bundestagswahl	Kanzler	Kanzlerkandidat	Schattenkabinett
1949	–	Konrad Adenauer (CDU)/ Kurt Schumacher (SPD)	nein
1953	Konrad Adenauer (CDU)	Erich Ollenhauer (SPD)	nein
1957	Konrad Adenauer (CDU)	Erich Ollenhauer (SPD)	nein
1961	Konrad Adenauer (CDU)	Willy Brandt (SPD)	ja
1965	Ludwig Erhard (CDU)	Willy Brandt (SPD)	ja
1969	Kurt Georg Kiesinger (CDU)	Willy Brandt (SPD)	nein
1972	Willy Brandt (SPD)	Rainer Barzel (CDU)	ja
1976	Helmut Schmidt (SPD)	Helmut Kohl (CDU)	ja
1980	Helmut Schmidt (SPD)	Franz-Josef Strauß (CSU)	ja
1983	Helmut Kohl (CDU)	Hans-Jochen Vogel (SPD)	ja
1987	Helmut Kohl (CDU)	Johannes Rau (SPD)	nein
1990	Helmut Kohl (CDU)	Oskar Lafontaine (SPD)	nein
1994	Helmut Kohl (CDU)	Rudolf Scharping (SPD)	ja
1998	Helmut Kohl (CDU)	Gerhard Schröder (SPD)	ja
2002	Gerhard Schröder (SPD)	Edmund Stoiber (CSU)	ja
2005	Gerhard Schröder (SPD)	Angela Merkel (CDU)	ja
2009	Angela Merkel (CDU)	Frank-Walter Steinmeier (SPD)	ja
2013	Angela Merkel (CDU)	Peer Steinbrück (SPD)	ja

Quelle: Eigene Darstellung

Zwischen 1961 und 2013 wurden in zwölf Schattenkabinetten 180 Positionen durch insgesamt 144 Personen besetzt. Im Durchschnitt umfasste ein Schattenkabinett dabei 15 Personen. Das größte Schattenkabinett wurde 1972 vom CDU-Kanzler-

kandidaten Rainer Barzel gebildet: Er zog mit einem 25-köpfigen Team in den Wahlkampf. Dagegen umfasste das als „Kompetenzteam“ bezeichnete Schattenkabinett des Unions-Spitzenkandidaten Edmund Stoiber im Jahre 2002 nur acht Personen. Der Großteil der Schattenkabinettsmitglieder waren namhafte Politiker, die mitunter auch mehrfach nominiert wurden: Alfred Dregger, Gerhard Stoltenberg, Helga Wex, Manfred Wörner, Richard von Weizsäcker (jeweils CDU), Richard Stücklen (CSU) und Herta Däubler-Gmelin (SPD) wurden jeweils in drei Schattenkabinette nominiert, in weiteren 22 Fällen wurden Personen zweimal nominiert.³

Tabelle 2: Schattenkabinette nach Anzahl der Mitglieder und Frauenanteil

Jahr	Anzahl Schattenkabinettsmitglieder (absolut)	Frauenquote (in %)
1961	10	10
1965	10	10
1972	25	4
1976	15	20
1980	23	9
1983	14	21
1994	19	47
1998	12	33
2002	8	25
2005	13	23
2009	19	53
2013	12	50

Quelle: Eigene Auszählung.

Schaut man auf den soziodemografischen Hintergrund der Schattenkabinette, so fällt auf, dass es sich um eine Männerdomäne handelt: In 136 Fällen wurden Männer berufen, nur 44 Mal kamen Frauen zum Zuge. Damit wurden über drei Viertel der Positionen mit Männern besetzt. Gerade in der jüngeren Zeit zeigte sich jedoch, dass bei der Nominierung Frauen stark berücksichtigt wurden. Beginnend mit Scharpings Schattenkabinett 1994 zeigte sich diese Entwicklung sehr deutlich, bis auf die Ausnahme des Schattenkabinetts zur Bundestagswahl 2005, das jedoch mit Angela

3 Eine komplette Liste aller Schattenkabinettsmitglieder findet sich im Anhang.

Merkel von einer Spitzenkandidatin angeführt wurde. 2009 überstieg der Frauen- Männeranteil sogar.

Hinsichtlich der Konfessions- und Religionszugehörigkeit zeigt sich ein relativ ausgeglichenes Bild: Jeweils circa ein Drittel der Schattenkabinettsmitglieder war katholisch oder evangelisch, bei einem weiteren Drittel fehlten die Angaben. Unter den 180 besetzten Positionen war mit Yasemin Karakaşoğlu auch eine Person muslimischen Glaubens.

Der Bildungsgrad innerhalb der Schattenkabinette ist sehr hoch: In drei von vier Fällen hatten die jeweiligen Kandidaten einen Hochschulabschluss, knapp ein Drittel hatte promoviert und immerhin acht Prozent gar habilitiert.

Tabelle 3: Schattenkabinette nach Konfession und Bildung

Konfession		Bildungsgrad	
römisch-katholisch	31,1 %	Ausbildung	17,2 %
evangelisch	35 %	Studium	38,9 %
sonstige	2,2 %	Promotion	35 %
keine Angabe	31,6 %	Habilitation	8,3 %
		andere	0,6 %

Quelle: Eigene Auszählung.

Während es auf der einen Seite ein hohes Bildungsniveau gab, zeigte sich bei der beruflichen Herkunft der jeweiligen Schattenkabinettsmitglieder eine deutliche Tendenz:⁴ 157 der insgesamt 180 Positionen wurden mit Politikern besetzt – ein Anteil von 88 Prozent. In sieben Fällen kamen Kandidaten aus der Wirtschaft, sechs Mal von Verbänden oder aus dem dritten Sektor und fünf Mal wurden Personen aus dem Wissenschaftsumfeld für ein Schattenkabinett nominiert. Hinzu kamen mit Willi Richter, Walter Riester und Klaus WieseHügel drei Männer aus dem Gewerkschaftslager. Diese Herkunft hat natürlich auch Auswirkungen auf den Status der jeweiligen Schattenkabinettsmitglieder: Nur jeweils fünf Positionen wurden mit Kandidaten aus den Bereichen „Arbeiter“ oder „Selbstständiger“ besetzt, der Rest waren Politiker, Beamte oder Angestellte.

4 Unter Sektor wird dabei das Feld, in dem vor der Nominierung für das Schattenkabinett gearbeitet wurde, verstanden. Insgesamt ließen sich mit „Politik“, „Verwaltung/öffentlicher Dienst“, „Wirtschaft“, „Verbände und dritter Sektor“, „Wissenschaft“ und „Gewerkschaften“ sechs Bereiche differenzieren. Parallel dazu wird der Status erhoben; damit wird – in Abgrenzung zum Berufssektor – auch das Beschäftigungsverhältnis erfasst, aus dem sich wirtschaftliche Zwänge und Abhängigkeiten erkennen lassen. Dieses wurde in fünf Kategorien eingeteilt: „Angestellter und Beamter“, „Arbeiter“, „Selbstständiger“ und „Politiker“.

4. Strategien bei der Aufstellung von Schattenkabinetten

a) Strategien hinter den Schattenkabinetten: Offensiver vs. integrativer Ansatz

Die ersten Versuche Willy Brandts 1961 und 1965 erschienen noch etwas konzeptlos, zeigten aber schon den Grundgedanken eines Schattenkabinetts: Denn die Strategie, die vor allem 1965 hinter der erneuten Teamnominierung stand, lag in der Popularität des damaligen Kanzlers Ludwig Erhards begründet, war es doch „absehbar, dass alle Anstrengungen, Willy Brandt herauszustellen und sein politisches Gewicht zu stärken, für sich nicht ausreichen würden, um Erhards Vorsprung aufzuholen. Die SPD versuchte dem Manko beizukommen, indem sie in Karlsruhe eine Regierungsmannschaft nominierte“ (Klotzbach 1982: 591 f.). Und trotz der Wahlniederlage fiel das Urteil positiv aus, „kam die Regierungsmannschaft 1965 wesentlich kraft- und wirkungsvoller zum Zuge als diejenige, die 1961 gebildet worden war“ (ebd.: 592). Dies hatte verschiedene Gründe:

„Jedem Mitglied der Mannschaft war ein Sachgebiet zugeteilt, ein Aufgabenbereich, der sich mit den Ressorts deckte, und ein Minister als Gegenspieler, auf dessen Vorschläge zu reagieren, den mit eigenen Konzepten unter Zugzwang zu setzen von den Schattenkabinetttlern erwartet wurde. Dadurch war das sozialdemokratische Schattenkabinett in den Medien sehr viel präsenter, wurde seiner Arbeit eine ungleich größere Aufmerksamkeit als 1961 zuteil. Wie überhaupt die designierten Minister erheblich mehr Reformbereitschaft, Tatkraft, intellektuelle Brillanz und Unverbrauchtheit ausstrahlten als die Mitglieder der Mannschaft vier Jahre zuvor, die im Durchschnitt 63 Jahre alt und unverbraucht oder jung schon insofern selbst nicht mehr waren.“ (Micus 2007: 114)

Die 1965er Strategie zeigte somit schon verschiedene wichtige Facetten bei der Nominierung eines Schattenkabinetts: In erster Linie geht es darum, über den Kandidaten hinaus offensiv Alternativen zu präsentieren, um natürlich auch Öffentlichkeit und Sympathien zu gewinnen. Dies gelingt umso besser, (1) je namhafter, glaubwürdiger und unabhängiger diese Alternativ-Kandidaten sind, und (2) je präziser sie dem jeweiligen Ministerium zugeordnet sind und damit die Nominierung für die Wähler auch nachvollziehbar ist. Im Ergebnis fand bei zehn der insgesamt zwölf Schattenkabinette auch eine (inhaltliche) Zuordnung statt. Einzig Barzel 1972 sowie Strauß 1980 verzichteten weitestgehend auf eine thematische Zuordnung. Für Barzel war dies eine bewusste Abgrenzung:

„Ich bin sehr dafür, dass wir so schnell wie möglich auch eine Mannschaft herausstellen und uns überlegen, in welcher geeigneten Form und Liturgie das ablaufen kann. Ich bin aber dagegen, dass sich das in der klassischen Form eines englischen Schattenkabinetts vollzieht. Das sollte vielmehr eine Führungsmannschaft beider Schwesterparteien sein, die dann die personelle Repräsentanz unserer politischen Alternative in den nächsten zwei Jahren darstellt.“ (CDU Bundesgeschäftsstelle 1971: 566)

Die Wochenzeitung „Die Zeit“ nannte die Mannschaft „eine Alternative mit vielen Fragezeichen“ (Zundel 1972). Zwischen diesen beiden Wahlkämpfen hatte Helmut Kohl 1976 ein Mischmodell gewählt, indem er nur die Schlüssellressorts zuordnete und neun Positionen offen ließ. Seine Begründung:

„Ich habe zu denen gehört, die ein halbes Jahr lang immer begründet haben, warum in der deutschen Landschaft Schattenkabinette wie in England zur Präsentation der Mannschaft nicht geeignet sind. Ich würde uns im Blick auf 1976 empfehlen, diese Frage noch einmal neu zu überdenken, weil die Abdeckung einzelner politischer Sachbereiche natürlich in einem solchen Verfahren sicherer vorzunehmen ist als nur durch eine Mannschaft.“ (CDU Bundesgeschäftsstelle 1976: 1098)

Alle drei, Barzel, Kohl und Strauß, verzichteten auch auf Seiteneinsteiger aus anderen gesellschaftlichen Feldern.

In diesen Konstellationen, in denen zumindest bei Barzel und Strauß ausschließlich führende Parteipolitiker nominiert waren, zeigte sich ein Alternativmodell zum klassischen Schattenkabinettt mit klarer Zuordnung und mitunter neuen, dynamischen Kräften. Vielmehr besaßen die (Unions-)Schattenkabinette in dieser Phase eine Integrativ-Funktion im Hinblick auf die Partei(en), die vermutlich dem Umstand geschuldet war, dass es sich bei CDU und CSU um zwei verschiedene Parteien handelt, die im Wahlkampf jedoch gemeinsam antreten. Dies zeigte sich zum einen darin, dass Barzel und Strauß die beiden größten Schattenkabinette nominiert hatten, und zum anderen daran, dass in der 1980er Mannschaft – obwohl es keine Zuordnung gab – der CDU-Mann Stoltenberg als Vizekanzenler hinter dem potenziellen CSU-Kanzenler Strauß vorgesehen war. Auch Stoiber legte bei seiner Mannschaft 2002 Wert darauf, führende Unionspolitiker zu nominieren und verzichtete – anders als die Kandidaten vor und nach ihm – auf „exotische“ Außenseiter.

Somit lassen sich zwei strategische Ansätze mit Blick auf die Aufstellung von Schattenkabinetten feststellen: ein integrativer und ein offensiver Ansatz, die sich

durch folgende Merkmale auszeichnen und hinter denen sich gewisse Zielsetzungen vermuten lassen.

Tabelle 4: Strategie bei der Nominierung von Schattenkabinetten

Modell	Integrativer Ansatz	Offensiver Ansatz
Merkmale	<ul style="list-style-type: none">– (vor allem) Mitglieder der eigenen Partei (-führung) nominiert– soziodemografische Einheitlichkeit– keine oder geringe inhaltliche Ressortzuordnung– eher große Schattenkabinette	<ul style="list-style-type: none">– Seiteneinsteiger nominiert– soziodemografische Vielfalt– Ressortzuordnung– eher kleine Schattenkabinette
Zielsetzung	<ul style="list-style-type: none">– Befriedung/Geschlossenheit der Partei– Motivation/Mobilisierung der eigenen Parteimitglieder (bzw. Schwesterpartei)	<ul style="list-style-type: none">– Mobilisierung neuer Wählerschichten– Alternative zur Regierung aufzeigen– Mediale Aufmerksamkeit– Besetzen beherrschender Themen
Zuordnung	1961 (SPD), 1972 (CDU/CSU), 1976 (CDU/CSU), 1980 (CDU/CSU), 2002 (CDU/CSU)	1965 (SPD), 1983 (SPD), 1994 (SPD), 1998 (SPD), 2005 (CDU/CSU), 2009 (SPD), 2013 (SPD)

Quelle: Eigene Darstellung.

Bei der Zuordnung zu den jeweiligen Ansätzen zeigt sich, dass nicht alle Kriterien erfüllt sein können. Die aufgestellten Merkmale erfüllten jedoch ihre Aufgabe, die einzelnen Schattenkabinette zu charakterisieren und damit auch eine Kategorisierung vorzunehmen. Insgesamt lassen sich so fünf „integrative“ sowie sieben „offensive“ Schattenkabinette identifizieren. Es gibt sicherlich auch Argumente, gerade die (kleinen) Schattenkabinette von 1961 sowie 2002 auch der offensiven Strategie zuzuordnen, allerdings stand dem die Ausrichtung und Rhetorik im Wahlkampf sowie das nominierte Personal entgegen, die letztlich zu der finalen Zuordnung als „integrativ“ führten.

Grundsätzlich zeigen sich die unterschiedlichen Ansätze verstärkt an zwei Punkten: zum einen in der Nominierung von Seiteneinsteigern, zum anderen an dem Versuch, mit der Nominierung beherrschende Themen bzw. den Zeitgeist zu treffen und ein aktuelles Thema im Wahlkampf personell abzudecken. So nominierte unter anderem Hans-Jochen Vogel 1983 Eva Rühmkorf, die für die Gleichstellung der Frau stand, Gerhard Schröder konnte 1998 – auf dem Höhepunkt der New-Economy-Phase – mit Jost Stollmann einen Unternehmer aus diesem Bereich gewinnen. Die gleiche Zielsetzung hatte die Nominierung des Verlegers Michael Naumann für den Kulturbetrieb. Und Angela Merkel berief 2005 mit Paul Kirchhof einen Kandidaten, der für die vieldiskutierte Vereinfachung des Steuersystems stand. Neben diesen Fällen war es auch wichtig, die Glaubwürdigkeit und die Fachkompetenz der

jeweiligen Mitglieder herauszustellen. Dies geschah in den meisten Fällen über (Fach-)Politiker, die sich über Jahre einen Namen in dem jeweiligen Themengebiet gemacht hatten. Es gab aber auch den Weg, einen Seiteneinsteiger zu nominieren, so dass ein inhaltlicher Bezug zu dem Aufgabenfeld offensichtlich wurde: Im Bereich Umwelt geschah dies beispielsweise mit dem Professor für Naturphilosophie Klaus Michael Meyer-Abich 1983, der Öko-Managerin Britta Steilmann sowie dem Biologie-Professor Jens Reich 1994; im Kultur-Sektor mit der ehemaligen Journalistin und Leiterin der Kulturbehörde Berlins, Barbara Kisseler (2009), und dem Verleger Michael Naumann (1998), im Feld der deutsch-französischen Zusammenarbeit mit Daniel Goeudevert (1994) und Brigitte Sauzay (1998). Gleiches galt auch für die Frauenpolitik mit der schon genannten Nominierung Eva Rühmkorfs, der ersten Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands, im Jahr 1983.

Auch der bereits erwähnte Punkt, dass in „offensiven“ Schattenkabinetten verstärkt Seiteneinsteiger nominiert wurden, lässt sich noch ausführlicher belegen. Der Seiteneinsteiger-Anteil ist – gerade im Vergleich zur Exekutive und Legislative – in Schattenkabinetten zumeist höher (Küpper 2013). So wurden bei insgesamt zwölf Schattenkabinetten in neun Konstellationen Seiteneinsteiger nominiert. Lediglich Barzel im Jahr 1972, Strauß 1980 und Stoiber 2002 verzichteten bei ihren vom integrativen Ansatz geprägten Schattenkabinetten darauf. Dagegen setzten vor allem Vogel (1983), Scharping (1994), Schröder (1998) und Steinbrück (2013) verstärkt auf Seiteneinsteiger. Die höchste Quote findet sich in Schröders Schattenkabinett: Ein Drittel der Mitglieder waren Seiteneinsteiger, gefolgt von Steinbrücks (25 Prozent), Vogels (21,4 Prozent) und Scharpings Schattenkabinett (21 Prozent). Der Reiz der Seiteneinsteiger liegt unter anderem darin, dass sich dadurch das mediale Interesse deutlich verstärkt. Dies zeigte sich in allen Konstellationen, vor allem aber bei Stollmann im Jahr 1998 sowie Kirchhof in Merkels Kompetenzteam 2005. In beiden Fällen zeigte sich aber auch, welch schmaler Grat der Kampf um mediale Aufmerksamkeit sein kann. Denn in beiden Konstellationen führten bei diesem offensiven Ansatz Integrationsprobleme innerhalb der Partei zu Problemen im Wahlkampf (Küpper 2013: 257 ff.). Während Walter Riester, seinerzeit Gewerkschafter, das sozialdemokratische Urgestein Rudolf Dreßler, der auch in der SPD-Bundestagsfraktion eine einflussreiche Funktion inne hatte und bereits dem 1994er Schattenkabinett angehörte, verdrängt und damit die Partei gegen sich aufgebracht hatte (Klecha 2009), führte bei Kirchhof das eigenständige Verhalten bis hin zum eigenen Steuerkonzept zu Spannungen mit der Parteiführung. Aus dem Hoffnungsträger wurde der „Sprengkopf Kirchhof“ (Emundts 2005). So analysierten auch Lorenz und Micus das Binnenverhältnis Merkel/Kirchhof: „Die Arglosigkeit von Seiteneinsteigern stellt eine Bedrohung für den verantwortlichen Mentor dar, kann sie

doch dessen Image ramponieren, seine Machtposition destabilisieren. [...] Er ist auch ein tragisches Beispiel für die Lehre, vollständige Politikneulinge nicht in kritischen Phasen des politischen Wettbewerbs – also in Wahlkampfzeiten – an exponierter Stelle einzusetzen.“ (Lorenz/Micus 2009: 490) Die einstige Kandidatin im 1994er Schattenkabinett, Heidi Schüller, hatte diesen Effekt schon bei Jost Stollmanns Ambitionen auf das Amt des Wirtschaftsministers im Jahr 1998 im Handelsblatt ausgeführt: „Das Risiko liegt mehr in der Person als in der Sache und mehr beim Rufer als beim Gerufenen. Erweist sich der Kandidat als naiv, ahnungslos, plapprig und medienunerfahren, wird aus der Wundertüte schnell ein Sprengsatz für den Magier“ (Lorenz/Micus 2009: 490). Für Richard Hilmer vom Meinungsforschungsinstitut „Infratest dimap“ eine Entwicklung mit Folgen: „Die Parteien wägen – spätestens nach den Erfahrungen der CDU mit Kirchhof – sehr genau ab, ob die Chance auf einen Kompetenz- oder Reputationstransfer die damit verbundenen Risiken unglücklicher Äußerungen oder Positionierungen aufwiegen. Sicherlich ist es kein Wunder, dass zuletzt keine der Parteien mehr einen Seiteneinsteiger in ihr Wahlteam aufgenommen hat: da waren nur noch gestandene Politiker mit entsprechendem Erfahrungshintergrund zu finden.“⁵ Eine Entwicklung, mit der versucht wird, den integrativen sowie den offensiven Ansatz zu vereinen. Ein Beispiel dafür lieferte Frank-Walter Steinmeier im Jahr 2009, als er zwei Seiteneinsteiger mit Politik-Erfahrung (Barbara Kisseler) sowie SPD-Stallgeruch (Harald Christ) nominierte.

b) Vergleich der Schattenkabinetts-Strategien von CDU/CSU und SPD

Die SPD als Urheberin der Schattenkabinetts-Strategie in Deutschland stellte sieben Mal ein Schattenkabinett auf, die Unionsparteien (bei zwei CSU-Kanzlerkandidaten) kamen auf fünf und traten in jedem Wahlkampf als Oppositionspartei seit Einführung von Schattenkabinetten mit jeweils einem Team an. Anders als die SPD, die in zwei Fällen aktiv – also nicht aus der „Großen Koalition“ heraus – auf eine Nominierung verzichtete, setzte die Union damit immer auf ein Schattenkabinett. Ungeachtet dessen scheint in beiden Parteien ein Schattenkabinett im Wahlkampf mittlerweile Standard zu sein.

Obwohl die Unionsparteien insgesamt zwei Schattenkabinette weniger nominierten, halten sich beide Lager hinsichtlich der insgesamt 180 geschaffenen Positionen allerdings etwa die Waage: 53 Prozent gingen auf das SPD-Konto, 47 Prozent der geschaffenen Posten wurden von den Unionsparteien besetzt. Dies liegt auch

5 Autorisiertes Zitat aus einem Interview des Autors mit Richard Hilmer.

daran, dass Unions-Schattenkabinette mit durchschnittlich 16,8 Mitgliedern größer waren als die SPD-Schattenkabinette (13,7 Personen im Durchschnitt).

Auch bei dem Vergleich der soziodemografischen Hintergründe zeigen sich Unterschiede, waren die SPD-Schattenkabinette doch deutlich heterogener als die Unions-Schattenkabinette: So gab es beispielsweise bei der SPD eine höhere Frauen-Quote (35 Prozent gegenüber zwölf Prozent). Auch stammten die Mitglieder in den Unions-Schattenkabinetten fast komplett aus der Politik (96 Prozent), während der Anteil bei der SPD geringer war (79 Prozent). Hier fanden sich auch mehr Personen aus den Sektoren Wirtschaft, Wissenschaft und den Gewerkschaften. Deutlich unterschieden sich die Schattenkabinette beider Parteien auch bei der Seiteneinsteiger-Quote: Während in den SPD-Schattenkabinetten jede fünfte Position mit einem Seiteneinsteiger besetzt wurde, kam die Union auf eine Quote von lediglich fünf Prozent. Ebenfalls auffällig ist, dass insgesamt elf Mal Parteilose zum Zuge kamen, von denen sich aber zehn in einem SPD-Schattenkabinetten fanden. Auch ließ sich beobachten, dass alle SPD-Schattenkabinette eine feste Ressortzuordnung aufweisen konnten. Die insgesamt drei Konstellationen, in denen größtenteils darauf verzichtet wurde, waren ausschließlich Unions-Schattenkabinette.

Die durchschnittlich kleineren Schattenkabinette bei gleichzeitig höherer Seiteneinsteiger-Quote, einer festen Ressortzuordnung sowie einem heterogeneren soziodemografischen Hintergrund passt auch zum grundsätzlichen strategischen Ansatz. So zeigte sich, dass die SPD häufiger den offensiven Ansatz bei Schattenkabinetten wählte: Nur eins von insgesamt sieben SPD-Schattenkabinetten wurde dem integrativen Ansatz zugeordnet, die übrigen sechs lassen sich als „offensiv“ bezeichnen. Bei der CDU erscheint diese Relation entgegengesetzt: vier von fünf Schattenkabinetten setzten eher auf Integration. Über die Gründe für diese Verteilung kann an dieser Stelle nur spekuliert werden, wobei sicherlich die Konstellation der Schwesterparteien CDU und CSU eine Rolle spielt (die eher einen integrativen Wahlkampf erfordert), genauso wie ihr Status als dominierende Regierungspartei, die aufgrund ihrer Ausrichtung gewöhnlich einen eher defensiven und damit integrativen Wahlkampf wählte.

5. Schattenkabinette und Wahlergebnisse

Eine Bestandsaufnahme der Schattenkabinette mit Bezug zu den erzielten Wahlergebnissen fällt gemischt aus. Nur zwei Spitzenkandidaten, die mit einem Schattenkabinetten angetreten waren, schafften den Regierungswechsel: Gerhard Schröder

1998 und Angela Merkel 2005.⁶ Bei insgesamt zwölf Versuchen bedeutet dies einen statistischen Wert von knapp 17 Prozent. Auf der anderen Seite blieben die insgesamt vier Versuche von Kanzlerkandidaten, aus der Opposition heraus ohne ein Schattenkabinett an die Regierung zu gelangen (Ollenhauer 1953 und 1957, Rau 1987 und Lafontaine 1990), ohne Erfolg. Ließe man die erste Bundestagswahl 1949, bei der es noch keinen amtierenden Kanzler gab, die Koalitionswechsel in laufender Legislaturperiode 1966 (Kiesinger auf Erhard), 1974 (Schmidt auf Brandt) sowie 1983 (Kohl auf Schmidt) außen vor, so gab es nur Regierungswechsel, wenn ein Kanzlerkandidat mit einem Schattenkabinett angetreten war. Insgesamt ist jedoch der Zusammenhang zwischen Regierungswechsel und der Rolle eines Schattenkabinetts dabei bislang weitgehend unerforscht.

Bei der Betrachtung der beiden Regierungswechsel 1998 und 2005 mit dem speziellen Fokus auf einzelne Schattenkabinettsmitglieder könnten beide Konstellationen nicht unterschiedlicher sein. Während die 1998er Mannschaft bis auf zwei Fälle komplett auf die Regierungsbank wechselte⁷ und somit eine Quote von 83 Prozent erreicht wurde, waren es 2005 nur knapp ein Drittel der Schattenkabinettsmitglieder, die auch ein Ministeramt erlangten. Nur vier der insgesamt 13 Kandidaten zogen in die Exekutive ein. Einige dieser Personalien lassen sich zwar anderweitig begründen; so hatte Dieter Althaus bereits zum Wahlkampfstart seinen Verzicht angekündigt und mit Volker Kauder als Fraktionsvorsitzendem sowie Norbert Lamert als Bundestagspräsident erlangten zwei weitere Mitglieder ebenfalls einflussreiche Positionen. Dennoch ist die Diskrepanz zu 1998 augenscheinlich. Dies lag sicherlich auch daran, dass die Bildung einer „Großen Koalition“ die personalpolitischen Optionen reduzierte. Auch hinsichtlich der inhaltlichen Zuordnung sowie der letztendlichen Umsetzung zeigten sich Unterschiede: 1998 übernahmen von den zwölf Schattenkabinettsmitgliedern acht auch ihre angekündigte Zuständigkeit. Zudem wurden nur drei SPD-Mitglieder in Ministerposten berufen, die nicht vorher Mitglied im Schattenkabinett gewesen waren: Karl-Heinz Funke (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten), Heidemarie Wieczorek-Zeul (Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und Bodo Hombach (Chef des Bundeskanzleramtes).

6 Einige Kandidaten aus dem 1965er Schattenkabinett fanden sich als Minister in der „Großen Koalition“ von 1966 bis 1969 wieder (neben dem Kanzlerkandidaten Brandt waren dies Schiller, Heinemann, Wehner, Schmid und Strobel); aus dem 2013er Schattenkabinett fand sich einzig Manuela Schwesig auf der Regierungsbank wieder.

7 Wovon mit Sauzay eine bereits im Vorfeld feststand und Stollmann selbst aus freien Stücken zurückzog.

Tabelle 5: Aufstellung des 1998er Schattenkabinetts und jeweilige Position in der nachfolgenden Bundesregierung

Name	Zuständigkeit im Schattenkabinett	Ministerium
Christine Bergmann	Jugend, Frauen, Familie	Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Edelgard Bulmahn	Forschung, Bildung und Umwelt	Bildung und Forschung
Herta Däubler-Gmelin	Justiz	Justiz
Oskar Lafontaine	Finanzen und Europa	Finanzen
Franz Müntefering	Kanzleramt	Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Michael Naumann	Kultur	Kulturstatsminister
Walter Riester	Arbeit	Arbeit und Soziales
Brigitte Sauzay	Frankreich	keins (nicht vorgesehen)
Rudolf Scharping	Außen- und Sicherheitspolitik	Verteidigung
Otto Schily	Innenpolitik	Inneres
Rolf Schwanitz	Aufbau Ost	Bundeskanzleramt (Staatsminister)
Jost Stollmann	Wirtschaft und Technologie	keins
Karl-Heinz Funke	kein Mitglied	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Heidemarie Wieczorek-Zeul	kein Mitglied	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Bodo Hombach	kein Mitglied	Bundeskanzleramt

Quelle: Eigene Darstellung.

2005 zeigte sich dagegen, dass das Schattenkabinett keine große Bedeutung für die Regierungsbildung hatte, denn wie schon bei der personellen Besetzung wurde auch die inhaltliche Zuordnung eher ignoriert. Nur in zwei Feldern – nämlich bei Familie und Bildung – wurden die Kandidatinnen auch Ministerinnen. Michael Glos, ohne Zuordnung im Kompetenzteam, übernahm kurzfristig das Wirtschaftsressort, während Wolfgang Schäuble, eigentlich für Außenpolitik vorgesehen, das Innen-Ressort übernahm. Dies lag allerdings auch daran, dass die SPD den Posten des Außenministers besetzte. Daneben übernahm Horst Seehofer statt der vorgesehenen Gerda Hasselfeldt das Gesundheitsministerium. Zudem wurden mit Franz-Josef Jung (Verteidigung) sowie Thomas de Maiziére (Chef des Bundeskanzleramtes) zwei Minister vereidigt, die vorher nicht Mitglied des Schattenkabinetts waren.

Tabelle 6: Aufstellung des 2005er Kompetenzteams und jeweilige Position in der nachfolgenden Bundesregierung

Name	Zuständigkeit im Schattenkabinett	Ministerium
Dieter Althaus	Aufbau Ost	keins (zuvor angekündigt)
Günther Beckstein	Inneres und Justiz	keins
Michael Glos	keine Zuordnung	Wirtschaft
Gerda Hasselfeldt	Landwirtschaft und Verbraucherschutz	keins
Volker Kauder	keine Zuordnung	keins (Fraktionsvorsitzender)
Paul Kirchhof	Finanzen und Haushalt	keins
Norbert Lammert	Kultur	keins (Bundestagspräsident)
Ursula von der Leyen	Familie und Soziales	Familien und Senioren
Peter Müller	Wirtschaft und Arbeit	keins
Ronald Pofalla	keine Zuordnung	keins
Norbert Röttgen	keine Zuordnung	keins
Wolfgang Schäuble	Außenpolitik	Innen
Annette Schavan	Bildung	Bildung
Franz-Josef Jung	kein Mitglied	Verteidigung
Thomas de Maizière	kein Mitglied	Bundeskanzleramt

Quelle: Eigene Darstellung.

6. Fazit und Ausblick

Blickt man auf die Entwicklung der Wahlkämpfe in den vergangenen Jahrzehnten, so zeigt sich, dass die Nominierung eines Schattenkabinetts mittlerweile ein fester Bestandteil geworden ist – trotz ihrer fehlenden Verankerung im politischen System. Dies gilt über die Parteigrenzen hinweg: Sowohl bei der SPD wie auch im Unionslager wurde in insgesamt 18 Bundestagswahlkämpfen in zwölf Fällen ein Schattenkabinette nominiert. Bei nur sechs Wahlen verzichteten die Parteien darauf. Seit der bundesdeutschen Premiere 1961 trat der Kanzlerkandidat nur in drei Fällen allein an. Dabei zeigte sich, dass die Schattenkabinette im Durchschnitt 15 Personen umfassten, deren Mitglieder zu knapp 90 Prozent aus der Politik kamen und eine hohe formale Bildung aufwiesen: In drei von vier Fällen hatten die jeweiligen Kandidaten (mindestens) einen Hochschulabschluss. Zwar waren insgesamt nur 25 Pro-

zent der Mitglieder Frauen, jedoch zeigte sich hier eine Entwicklung über die Jahre, die im 2009er-SPD-Schattenkabinett gipfelte, als Frauen in der Überzahl waren.

Unabhängig von diesem soziodemografischen Hintergrund zeigte sich, dass es bei Schattenkabinetten in Deutschland zwei grundsätzliche Ansätze gab: zum einen die integrative Variante, die von den Unionsparteien vor allem in den 1970er-Jahren gewählt wurde, um die beiden Parteien CDU und CSU sowie deren Führung für den Wahlkampf zu einen. Dabei wurde eine Vielzahl von Mitgliedern ausgewählt, denen zumeist keine direkte Zuständigkeit zugeordnet war. Dagegen stand der ursprüngliche, eher offensive, häufig von der SPD gewählte Grundgedanke, mit dem Schattenkabinett die Regierung vor sich her zu treiben, mediale Aufmerksamkeit zu erhalten sowie thematische Alternativen zu präsentieren. Letzteres gelang durch eine direkte inhaltliche Zuordnung von Kandidaten zu (potenziellen) Ministerien, während mediale Aufmerksamkeit verstärkt durch (prominente) Seiteneinsteiger erzielt werden sollte. Diese Strategie erwies sich mitunter jedoch als zweischneidig, da diese Kandidaten in der öffentlichen politischen Auseinandersetzung oft ungeübt waren und somit ein Risiko (vor allem für den Kanzlerkandidaten) darstellten. Auch wurden mit der Nominierung von Seiteneinsteigern nicht selten verdiente Parteimitglieder verprellt.

Es zeigt sich jedoch, dass sich in beiden politischen Lagern (CDU/CSU und SPD) das Schattenkabinett im Wahlkampf etabliert hat. Die SPD setzte dabei – wie gezeigt – eher auf den offensiven Ansatz, während die Union eher die integrative Ausrichtung wählte. Dementsprechend waren die SPD-Schattenkabinette im Durchschnitt auch eher kleiner, hatten einen vielschichtigeren soziodemografischen Hintergrund, verfügten über eine höhere Seiteneinsteiger-Quote und hatten stets eine Ressortzuordnung.

Bezüglich einer ersten Bestandsaufnahme, bei dem Schattenkabinette in Zusammenhang mit dem Wahlausgang gebracht wurden, zeigte sich, dass es auf der einen Seite nur zwei Spitzenkandidaten gab, denen der Regierungswechsel gelang und die dafür mit einem Schattenkabinett angetreten waren: Gerhard Schröder 1998 und Angela Merkel 2005. Bei insgesamt zwölf Versuchen ist dies eine Erfolgsquote von 16,6 Prozent. Hinsichtlich der individuellen Bilanz für Schattenkabinettsmitglieder zeigte sich in diesen beiden Konstellationen ein gegensätzliches Bild. Wechselte das 1998er-Schattenkabinett fast geschlossen auf die Regierungsbank und bekamen die Mitglieder auch die ihnen zugeordneten Ministerien zugeteilt, stellte sich die Situation 2005 komplett anders dar: nur knapp ein Drittel des Schattenkabinetts erlangte Funktionen in der Regierung. Dreht man die Konstellation jedoch um, so zeigte sich, dass die insgesamt vier Versuche der oppositionellen Kanzlerkandidaten, ohne ein Schattenkabinett an die Regierung zu gelangen, ebenfalls ohne Erfolg

blieben. Der Schluss, dass eine Oppositionspartei einen Regierungswechsel nur mit einem Schattenkabinettt herbeiführen kann, lässt sich daraus jedoch nicht zwingend ziehen.

Dieser Umstand sowie der Stand der Forschung zeigen jedoch, wie viel Potenzial die Erforschung von Schattenkabinetten in vielerlei Hinsicht noch bietet. Da sich Schattenkabinette auch in Deutschland fest etabliert haben und die Personalisierung sowie Medialisierung der Wahlkämpfe zugenommen haben (und scheinbar weiter zunehmen), wächst auch deren Bedeutung. Die vorliegende Analyse, die eine erste Bestandsaufnahme ist, zeigt daher auch die verschiedensten Anknüpfungspunkte, die Gegenstand weiterer Forschung sein könnten. Vor allem der Einfluss auf die Wahlentscheidung ist dabei interessant: Haben Schattenkabinette eine direkte (positive oder negative) Auswirkung auf die Entscheidung der Wähler? Welche Strategie erscheint vielversprechender? Lassen sich beispielsweise durch verschiedene Schattenkabinettsmitglieder direkt Wählergruppen ansprechen? Ist es zielführender einen integrativen Ansatz zu wählen um innerparteiliche Konflikte direkt zu unterbinden und die eigenen Parteimitglieder und Anhänger zu motivieren? Hier zeigen sich auch Schnittmengen zwischen der Wahl- und Parteienforschung: Die Rekrutierung von Schattenkabinetten, ihr (temporärer) Einfluss innerhalb der einzelnen Machtzentren (beispielsweise Parteiführung, Spitzenkandidat, gegebenenfalls Kabinettt und Fraktion) sowie natürlich auch die Strategien der kleineren Parteien hinsichtlich Kompetenzteams bieten großes Forschungspotenzial. Es ist zu hoffen, dass – mehr als 50 Jahre nach der bundesdeutschen Premiere – Schattenkabinette nicht nur in der politischen Praxis, sondern künftig auch in der politikwissenschaftlichen Analyse eine größere Rolle spielen werden.

Literatur

- Brandes, Ina*, 2009: Paul Kirchhof – kein Seiteneinsteiger, in: Robert Lorenz/Matthias Micus (Hrsg.), Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteiendemokratie (Göttinger Studien zur Parteienforschung), Wiesbaden, 160-174.
- Brössler, Daniel/Höll, Susanne*, 2009: Steinmeiers Damenriege. Der SPD-Kanzlerkandidat präsentiert sein „Regierungsteam“, mit dem er vor allem weibliche Wähler umwirbt, *Süddeutsche Zeitung*, 31.7.2009, 6.
- CDU Bundesgeschäftsstelle*, 1971: Union in Deutschland, Informationsdienst der CDU Nr. 19, 25.10.1971, http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Buvo/Bundesvorstandsprotokolle_1969-1973.pdf (Stand: 10.7.2013).

- CDU Bundesgeschäftsstelle*, 1972: Deutsches Monatsblatt Nr. 10, Oktober 1972, http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Buvo/Bundesvorstandsprotokolle_1969-1973.pdf (Stand: 10.7.2013).
- CDU Bundesgeschäftsstelle*, 1976: CDU'76. Wahlkampf-Information Nr. 20, 1.9.1976.
- CDU Bundesgeschäftsstelle*, 1980: Union in Deutschland, Informationsdienst der CDU Nr. 21, 11.6.1980.
- Dreher, Klaus*, 1980: Straußens tiefgestaffelte Wahlkampfmannschaft, *Süddeutsche Zeitung*, 7.6.1980.
- Emundts, Corinna*, 2005: E-mail aus Berlin: Sprengkopf Kirchhof, *Zeit Online*, 14.9.2005, http://www.zeit.de/online/2005/37/email_34 (Stand: 7.5.2014).
- Forkmann, Daniela/Richter, Saskia*, 2007: Wenn politische Führung scheitert. Eine Einleitung, in: Daniela Forkmann/Saskia Richter (Hrsg.), *Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber*, Wiesbaden, 15-26.
- Glötz, Peter (Hrsg.)*, 1983: Pressemitteilung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Nr. 46/83 vom 24. Januar 1983.
- Kaack, Heino*, 1969: Wer kommt in den Bundestag? Abgeordnete und Kandidaten, Opladen.
- Kister Kurt*, 2013: Gesummse unter der Berliner Käseglocke, *Süddeutsche Zeitung*, 9.6.2013.
- Klecha, Stephan*, 2007: Rudolf Scharping. Opfer eines Lernprozesses, in: Daniela Forkmann/Saskia Richter (Hrsg.), *Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber*, Wiesbaden, 323-355.
- Klecha, Stephan*, 2009: Walter Riester – der letzte klassische sozialdemokratische Seiteneinsteiger, in: Robert Lorenz/Matthias Micus (Hrsg.), *Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteiendemokratie* (Göttinger Studien zur Parteienforschung), Wiesbaden, 240-254.
- Kleinmann, Hans-Otto*, 1993: *Geschichte der CDU*, Stuttgart.
- Klotzbach, Kurt*, 1982: *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965*, Berlin.
- Koch, Peter*, 1992: *Willy Brandt, Eine politische Biographie*, Frankfurt a. M.
- Küpper, Moritz*, 2013: Politik kann man lernen. Politische Seiteneinsteiger in Deutschland, Halle an der Saale.
- Krumm, Thomas/Noetzel, Thomas*, 2006: *Das Regierungssystem Großbritanniens. Eine Einführung*, München/Wien.
- Lorenz, Robert/Micus, Matthias*, 2009: Die flüchtige Macht begabter Individualisten, in: Dies. (Hrsg.), *Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in*

- der Parteiendemokratie (Göttinger Studien zur Parteienforschung), Wiesbaden, 240-254.
- Lösche, Peter*, 2007: Gescheiterte Kanzlerkandidaten in Deutschland. Fazit, in: Daniela Forkmann/Saskia Richter (Hrsg.), Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber, Wiesbaden, 424-430.
- Lt./löw/pca*, 2005: Merkels Mannschaft will den Abwärtstrend in Deutschland umkehren, Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 18.8.2005.
- Lütjen, Torben*, 2007: Hans-Jochen Vogel. Das Scheitern vor dem Aufstieg, in: Daniela Forkmann/Saskia Richter (Hrsg.), Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber, Wiesbaden, 236-260.
- Micus, Matthias*, 2007: Willy Brandt. Konkurrenzlos als Kanzlerkandidat, chancenlos als Sozialdemokrat, in: Daniela Forkmann/Saskia Richter (Hrsg.), Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber, Wiesbaden, 62-140.
- O.V.*, 2005: Unions-Kompetenzteam. Alle Neune, in: Manager Magazine Online, 17.8.2005, <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,370124,00.html> (Stand: 10.7.2013).
- O.V.*, 1994: Kraft durch Freunde, Der Spiegel, 5.9.1994, 18-26.
- O.V.*, 2005: Merkel: „Wir sind eine starke Truppe“, Pressemitteilung der CDU Deutschland, 17.8.2005, http://www.cdu.de/index_9521.htm (Stand: 10.7.2013).
- O.V.*, 2009: SPD-Wahlkampf: Steinmeier holt zehn Frauen ins Kompetenzteam, Spiegel Online, 30.7.2009, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,639256,00.html> (Stand: 10.7.2013).
- Perger, Werner A.*, 1994: Drei Musketiere gegen König Kohl: Kanzlerkandidat Scharping und die neue Troika der SPD: Einer für alle! Alle für einen?, Die Zeit, 2.9.1994, <http://www.zeit.de/1994/36/drei-musketiere-gegen-koenig-kohl/komplettansicht> (Stand: 10.7.2013).
- Schüttemeyer, Suzanne S./Sturm, Roland*, 2005: Der Kandidat – das (fast) unbekannte Wesen: Befunde und Überlegungen zur Aufstellung der Bewerber zum Deutschen Bundestag, in: ZParl 3/2005, 539-553.
- Wolf, Werner*, 1980: Der Wahlkampf. Theorie und Praxis. Bundeszentrale für politische Bildung, Köln.
- Zeuner, Bodo*, 1970: Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1965. Untersuchungen zur innerparteilichen Willensbildung und zur politischen Führungsauflese, Den Haag.
- Zundel, Rolf*, 1972: Die Mannschaft der Opposition. Eine Alternative mit vielen Fragezeichen, Die Zeit, 17.3.1972.

Korrespondenzanschrift:

Dr. Moritz Küpper
Hirschbergstraße 30
50939 Köln
E-Mail: moritz@kuepper.tv

Anhang: Schattenkabinette 1961 – 2013

Tabelle A1: Gesamtübersicht Schattenkabinette

Bundestagswahl	Kanzler	Spitzenkandidat	Schattenkabinett
1949	–	Konrad Adenauer (CDU), Kurt Schumacher (SPD)	nein
1953	Konrad Adenauer (CDU)	Erich Ollenhauer (SPD)	nein
1957	Konrad Adenauer (CDU)	Erich Ollenhauer (SPD)	nein
1961	Konrad Adenauer (CDU)	Willy Brandt (SPD)	ja
1965	Ludwig Erhard (CDU)	Willy Brandt (SPD)	ja
1969	Kurt Georg Kiesinger (CDU)	Willy Brandt (SPD)	nein (Große Koalition)
1972	Willy Brandt (SPD)	Rainer Barzel (CDU)	ja
1976	Helmut Schmidt (SPD)	Helmut Kohl (CDU)	ja
1980	Helmut Schmidt (SPD)	Franz-Josef Strauß (CSU)	ja
1983	Helmut Kohl (CDU)	Hans-Jochen Vogel	ja
1987	Helmut Kohl (CDU)	Johannes Rau (SPD)	nein
1990	Helmut Kohl (CDU)	Oskar Lafontaine (SPD)	nein
1994	Helmut Kohl (CDU)	Rudolf Scharping (SPD)	ja
1998	Helmut Kohl (CDU)	Gerhard Schröder (SPD)	ja
2002	Gerhard Schröder (SPD)	Edmund Stoiber (CSU)	ja
2005	Gerhard Schröder (SPD)	Angela Merkel (CDU)	ja
2009	Angela Merkel (CDU)	Frank-Walter Steinmeier (SPD)	ja
2013	Angela Merkel (CDU)	Peer Steinbrück (SPD)	ja

Tabelle A2: Einzelübersicht Schattenkabinette

Bundestagswahl: 1961

Kanzlerkandidat: Willy Brandt (SPD)

Name	Vorgesehener Bereich
Brauer, Max	Auswärtiges
Deist, Heinrich	Wirtschaft
Möller, Alex	Finanzen
Richter, Willi	Soziales
Zinn, Georg August	Justiz
Schmid, Carlo	Vizekanzler
Schmidt, Helmut	Ohne Zuständigkeit
Strobel, Käte	Ohne Zuständigkeit
Jaksch, Wenzel	Vertriebene
Erler, Fritz	Verteidigung

Bundestagswahl: 1965

Kanzlerkandidat: Willy Brandt (SPD)

Name	Bereich
Heinemann, Gustav	Justiz
Knoeringen, Waldemar Freiherr von	Bildung
Möller, Alex	Finanzen
Schellenberg, Ernst	Soziales
Schiller, Karl	Wirtschaft
Schmid, Carlo	Wissenschaft
Schmidt, Helmut	Verteidigung
Strobel, Käte	Familie
Wehner, Herbert	Gesamtdeutsches
Erler, Fritz	Keine Zuständigkeit

Bundestagswahl: 1972

Kanzlerkandidat: Rainer Barzel (CDU)

Name	Bereich
Dollinger, Werner	Keine Zuständigkeit
Dregger, Alfred	Keine Zuständigkeit
Goppel, Alfons	Keine Zuständigkeit
Hassel, Kai-Uwe von	Keine Zuständigkeit
Erhard, Ludwig	Keine Zuständigkeit
Filbinger, Hans Karl	Keine Zuständigkeit
Hasselmann, Wilfried	Keine Zuständigkeit
Heubl, Franz	Keine Zuständigkeit
Katzer, Hans	Minister für Arbeit und Soziales
Leisler Kiep, Walther	Entwicklungsminister
Kiesinger, Kurt Georg	Keine Zuständigkeit
Köppler, Heinrich	Keine Zuständigkeit
Kohl, Helmut	Keine Zuständigkeit
Kraske, Konrad	Keine Zuständigkeit
Narjes, Karl-Heinz	Wirtschaftsminister
Röder, Franz-Josef	Keine Zuständigkeit
Schröder, Gerhard	Außenminister
Stoltenberg, Gerhard	Keine Zuständigkeit
Strauß, Franz-Josef	Finanzminister und Vizekanzler
Stücklen, Richard	Post- und Verkehrsminister
Bewerunge, Karl	Keine Zuständigkeit
Weizsäcker, Richard von	Keine Zuständigkeit
Wex, Helga	Familien- und Gesundheitsministerin
Windelen, Heinrich	Keine Zuständigkeit
Wörner, Manfred	Verteidigungsminister

Bundestagswahl: 1976

Kanzlerkandidat: Helmut Kohl (CDU)

Name	Bereich
Strauß, Franz-Josef	Finanzminister und Vizekanzler
Carstens, Karl	Außenminister
Dregger, Alfred	Innenminister
Stoltenberg, Gerhard	Wirtschaftsminister
Katzer, Hans	Arbeitsminister
Wörner, Manfred	Verteidigungsminister
Barzel, Rainer	Keine Zuständigkeit
Biedenkopf, Kurt	Keine Zuständigkeit
Lorenz, Peter	Keine Zuständigkeit
Maier, Hans	Keine Zuständigkeit
Stücklen, Richard	Keine Zuständigkeit
Weizsäcker, Richard von	Keine Zuständigkeit
Wex, Helga	Keine Zuständigkeit
Laurien, Hanna Renate	Keine Zuständigkeit
Wilms, Dorothee	Keine Zuständigkeit

Bundestagswahl: 1980

Kanzlerkandidat: Franz-Josef Strauß (CSU)

Name	Bereich
Stoltenberg, Gerhard	Vizekanzler
Barzel, Rainer	Keine Zuständigkeit
Dollinger, Werner	Keine Zuständigkeit
Dregger, Alfred	Keine Zuständigkeit
Geißler, Heiner	Keine Zuständigkeit
Leisler Kiep, Walther	Keine Zuständigkeit
Maier, Hans	Keine Zuständigkeit
Wex, Helga	Keine Zuständigkeit
Wörner, Manfred	Keine Zuständigkeit

Name	Bereich
Zimmermann, Fritz	Keine Zuständigkeit
Kohl, Helmut	Keine Zuständigkeit
Stücklen, Richard	Keine Zuständigkeit
Albrecht, Ernst	Keine Zuständigkeit
Biedenkopf, Kurt	Keine Zuständigkeit
Blüm, Norbert	Keine Zuständigkeit
Hellwig, Renate	Keine Zuständigkeit
Ritz, Burkhard	Keine Zuständigkeit
Späth, Lothar	Keine Zuständigkeit
Stoiber, Edmund	Keine Zuständigkeit
Vogel, Bernhard	Keine Zuständigkeit
Weizsäcker, Richard von	Keine Zuständigkeit
Wissmann, Matthias	Keine Zuständigkeit
Zeyer, Werner	Keine Zuständigkeit

Bundestagswahl: 1983

Kanzlerkandidat: Hans-Jochen Vogel (SPD)

Name	Bereich
Apel, Hans	Friedens-, Außen-, Europa-, Deutschland-, Verteidigungs- und Rüstungskontrollpolitik sowie Fragen der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern
Bahr, Egon	Friedens-, Außen-, Europa-, Deutschland-, Verteidigungs- und Rüstungskontrollpolitik sowie Fragen der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern
Däubler-Gmelin, Herta	Fragen aus dem Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums, der Rechtspolitik, dem Wohnungswesen und kommunalen Themen
Ehmke, Horst	Friedens-, Außen-, Europa-, Deutschland-, Verteidigungs- und Rüstungskontrollpolitik sowie Fragen der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern
Fuchs, Anke	Frauenfragen, insbesondere der Gleichstellung der Frau, der Jugend-, Familien- und Gesundheitspolitik sowie alle Fragen der Bildungspolitik

Name	Bereich
Hauff, Volker	Schutz der Umwelt, Fragen der Forschung und Technologie, der Verkehrspolitik und der Bundespost
Krupp, Hans-Jürgen	Finanz-, Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik
Lahnstein, Manfred	Finanz-, Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik
Metzger, Günther	Fragen aus dem Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums, der Rechtspolitik, dem Wohnungswesen und kommunalen Themen
Meyer-Abich, Klaus Michael	Schutz der Umwelt, Fragen der Forschung und Technologie, der Verkehrspolitik und der Bundespost
Rühmkorf, Eva	Frauenfragen, insbesondere der Gleichstellung der Frau, Jugend-, Familien- und Gesundheitspolitik sowie alle Fragen der Bildungspolitik
Schmude, Jürgen	Fragen aus dem Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums, der Rechtspolitik, dem Wohnungswesen und kommunalen Themen
Westphal, Heinz	Finanz-, Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik
Wischniewski, Hans-Jürgen	Friedens-, Außen-, Europa-, Deutschland-, Verteidigungs- und Rüstungskontrollpolitik sowie Fragen der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern

Bundestagswahl: 1994

Kanzlerkandidat: Rudolf Scharping (SPD)

Name	Bereich
Thierse, Wolfgang	Aufbau Ost
Wieczorek-Zeul, Heidemarie	Europäische Integration
Lafontaine, Oskar	Finanzen
Schröder, Gerhard	Wirtschaft
Bergmann, Christine	Bildung, Frauen, Jugend
Brusis, Ilse	Wohnungsbau
Däubler-Gmelin, Herta	Justiz
Dreßler, Rudolf	Arbeit
Fuchs, Anke	Familien, Senioren
Glötz, Peter	Wissenschaft, Forschung, Innovation

Name	Bereich
Griefahn, Monika	Umwelt, Landwirtschaft
Klose, Hans-Ulrich	Verteidigung
Maurer, Ulrich	Innen
Schüller, Heidi	Gesundheit
Verheugen, Günter	Außen, Entwicklungszusammenarbeit
Goeudevert, Daniel	deutsch-französische Zusammenarbeit
Hildebrandt, Regine	humanitäre Fragen
Reich, Jens	Aufbau von Forschung und Technologie insbesondere im Osten Deutschlands
Steilmann, Britta	ökologische Innovation

Bundestagswahl: 1998

Kanzlerkandidat: Gerhard Schröder (SPD)

Name	Bereich
Bergmann, Christine	Jugend, Frauen und Familie
Schwanitz, Rolf	Aufbau Ost
Lafontaine, Oskar	Finanzen und Europa
Scharping, Rudolf	Außen- und Sicherheitspolitik
Schily, Otto	Innenpolitik
Bulmahn, Edelgard	Forschung, Bildung und Umwelt
Däubler-Gmelin, Herta	Justiz
Riester, Walter	Arbeit und Soziales
Stollmann, Jost	Wirtschaft und Technologie
Müntefering, Franz	Kanzleramt
Naumann, Michael	Kultur
Sauzay, Brigitte	Frankreich

Bundestagswahl: 2002

Kanzlerkandidat: Edmund Stoiber (CSU)

Name	Bereich
Seehofer, Horst	Sozial-, Gesundheits- und Rentenpolitik
Späth, Lothar	Wirtschaft, Arbeit, Aufbau Ost
Schavan, Annette	Bildung und Forschung
Schäuble, Wolfgang	Außen-, Sicherheits- und Europapolitik
Merz, Friedrich	Finanzen, Haushalt, Steuern
Reiche, Katherina	Familie, Frauen, Jugend
Beckstein, Günther	Innere Sicherheit
Carstensen, Peter-Harry	Landwirtschaft

Bundestagswahl: 2005

Kanzlerkandidatin: Angela Merkel (CDU)

Name	Bereich
Kirchhof, Paul	Finanzen und Haushalt
Müller, Peter	Wirtschaft und Arbeit
Althaus, Dieter	Aufbau Ost
Beckstein, Günther	Inneres und Justiz
Schäuble, Wolfgang	Außenpolitik
Leyen, Ursula von der	Familie und Soziales
Schavan, Annette	Bildung und Forschung
Hasselfeldt, Gerda	Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Umwelt
Lammert, Norbert	Kultur
Glos, Michael	keine Zuständigkeit
Kauder, Volker	keine Zuständigkeit
Röttgen, Norbert	keine Zuständigkeit
Pofalla, Ronald	keine Zuständigkeit

Bundestagswahl: 2009

Kanzlerkandidat: Frank-Walter Steinmeier (SPD)

Name	Bereich
Christ, Harald	Mittelstand
Heil, Hubertus	Neue Medien
Folgart, Udo	Agrarpolitik
Freitag, Dagmar	Sportpolitik
Hendricks, Barbara	Verbraucherschutzpolitik
Kisseler, Barbara	Kulturpolitik
Reimann, Carola	Hochschul- und Forschungspolitik
Steinbrück, Peer	Finanzen
Zypries, Brigitte	Justiz
Scholz, Olaf	Arbeit
Tiefensee, Wolfgang	Bauen/Verkehr
Wieczorek-Zeul, Heidemarie	Entwicklung
Gabriel, Sigmar	Umwelt
Nahles, Andrea	Bildung und Integration
Oppermann, Thomas	Innenpolitik
Merten, Ulrike	Verteidigung
Schwesig, Manuela	Familie

Bundestagswahl: 2013

Kanzlerkandidat: Peer Steinbrück (SPD)

Name	Bereich
Füllkrug-Weitzel, Cornelia	Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
Joost, Gesche	Vernetzte Gesellschaft und Netzpolitik
Karakaşoğlu, Yasemin	Bildung und Wissenschaft
Krajewski, Christiane	Wirtschaft
Lauterbach, Karl	Gesundheit und Pflege
Machnig, Matthias	Energie- und Umweltpolitik
Oppermann, Thomas	Innenpolitik

Name	Bereich
Pronold, Florian	Infrastruktur und bezahlbares Wohnen
Scheytt, Oliver	Kunst und Kultur
Schwesig, Manuela	Frauen, Familie, Aufbau Ost, Demografie und Inklusion
Wiesehügel, Klaus	Arbeit und Soziales
Zypries, Brigitte	Verbraucherpolitik